

INHALT

NDV
88. JAHRGANG
FEBRUAR 2008
NR. 2/2008

Herausgeber:
Michael Löher
Vorstand
des Deutschen Vereins

Schriftleitung:
Ralf Mulot,
Berlin
Tel. (0 30) 6 29 80-3 13,
E-Mail: mulot@deutscher-verein.de

Redaktion und Anzeigen:
Tatjana Hally
Tel. (0 30) 6 29 80-3 16,
E-Mail: hally@deutscher-verein.de

Abonnementverwaltung:
Sandra Redlich
Tel. (0 30) 6 29 80-5 02,
E-Mail:
redlich@deutscher-verein.de

Eigenverlag des Deutschen Vereins
für öffentliche und private Fürsorge
e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin,
Fax (0 30) 6 29 80-3 51,
Internet: www.deutscher-verein.de

Deutsche Bank
723 3943
(BLZ 100 700 00).

ISSN 0012 – 1185

Der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. erscheint in monatlicher Folge. Die Lieferung eines Exemplares der Zeitschrift an unsere Mitglieder ist durch den Jahresbeitrag abgegolten. Weitere Hefte für den eigenen Gebrauch im Dauerbezug jährlich 20,50 € zuzüglich Versandkosten und MwSt. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins entgegen. Reklamationen wegen unregelmäßiger Lieferung bitten wir bei der Geschäftsstelle vorzubringen. – Alle Rechte, auch das der Übersetzung, sind vorbehalten.

Gesamtherstellung:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Dörnbach 22
34286 Spangenberg
www.schreckhase.de

Veröffentlicht mit Förderung
durch das Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend (BMFSFJ)

Aktuelles

- 49 Anmerkungen zu dem Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau „Kommunaler Bildungslandschaften“
Ernst-Wilhelm Luthé
- 53 Bundesverfassungsgericht erklärt ARGEn für verfassungswidrig
Karen Peters

Empfehlungen und Stellungnahmen

- 55 Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten
- 57 Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Gesetzentwurf zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls
- 59 Empfehlungen des Deutschen Vereins für den Einsatz von Einkommen und Vermögen in der Sozialhilfe

Abhandlungen

- 60 Von Fürsorge zu Care.
Die Organisation familialer Sorgearbeit in Deutschland
Johanna Possinger
- 67 Qualitative und quantitative Leistungsziele.
Ein Modell zur Berechnung des Personalbedarfes in den Sozialen Diensten der Stadtgemeinde Bremen
Frank Lammerding und Marco Szlapka
- 74 Demografischer Wandel: Chance für eine integrierte Finanz- und Sozialplanung in Städten und Gemeinden.
Demografischer Wandel und Ressourcenallokation
Jürgen Hartwig
- 84 Das Bundesmodellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste – Lernorte für Bürgerschaftliches Engagement
Thomas Klie und Theodor Pindl
- 91 **Persönliche Nachrichten**
- 95 **Bücher**
- 96 **Informationen**

Erratum

In der Nachrichtendienst-Ausgabe Nr. 1, Januar 2008 hat sich in der Stellungnahme „**Anregungen für eine Überprüfung und Neuausrichtung der Familienförderung**“ auf Seite 13, zweiter Absatz, leider ein Fehler eingeschlichen:

Es heißt dort:

„Obleich **drei** Bundesländer (**Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen**) ...“

Richtig muss es heißen:

„Obleich **vier** Bundesländer (**Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen**) Ansprüche auf Landeserziehungsgeld vorsehen und der Bezug des Bundeselterngeldes nach dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG) auf 24 Monate ausgedehnt werden kann...“

Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

Beilagen:

Diese Ausgabe enthält eine Beilage des Juventa Verlags.